

## „Freie Marktwirtschaft“ am Ende Notprogramm für den Wiederaufbau

VON HELGA ZEPP-LAROCHE,

KANZLERKANDIDATIN FÜR EINE GERECHTE NEUE WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG, DIREKTKANDIDATIN FÜR DIE BUNDESTAGSWAHL IM WAHLKREIS BERLIN MITTE

### Finanzkrach und Kriegsgefahr...

„Ich weiß,  
was zu  
tun ist!“



Helga Zepp-LaRouche

Bürgerrechtsbewegung  
**BüSo**  
Solidarität

www.bueso.de · Tel. (0 61 31) 23 73 84

Liebe Wähler!

Die BüSo ist in diesem Wahlkampf die einzige Partei, die Ihnen die Wahrheit über den Zustand des Weltfinanzsystems sagt: Die sogenannte freie Marktwirtschaft, das System der „Globalisierung“, ist heute an dem Punkt angelangt, an dem sich die DDR im Oktober 1989 befand, d.h. ganz kurz vor dem endgültigen Zusammenbruch! Die Wahrheit ist, daß sich am 24. Juli nach wochenlangen täglichen Einbrüchen an den Aktienmärkten die Panik so gesteigert hatte, daß die Kernschmelze des ganzen Systems drohte, und nur weil die Zentralbanken aller G7-Staaten gemeinsam im großen Stil in die Märkte intervenierten, konnte ein unkontrollierter Kollaps kurzfristig abgewendet werden.

Die Zahl der „Systemrisiken“ nimmt immer mehr zu: Argentinien kann seine Auslandsschulden nicht mehr bezahlen und droht im Chaos zu versinken. Die „Argentinisierung“ droht in ganz Lateinamerika, mit

Aufständen in vielen Ländern. Japan stürzt immer tiefer in die Depression. Der Kollaps des Dollars hat bereits begonnen, die Verschuldung der privaten Haushalte in den USA ist gigantisch. Die USA können ihre Rolle als „Importeur der letzten Instanz“ nicht mehr erfüllen, als Folge davon brechen die Exporte Asiens und Europas ein.

Wegen der Megabankrotte von Großfirmen wie Enron, WorldCom, Global Crossing, AOL Time Warner, K-Mart etc. stehen praktisch alle US-Banken vor dem Bankrott; den Zusammenbruch auch nur einer einzigen dieser Großbanken würde das globale System nicht überleben. 25% aller Rentner in den USA, die wegen der massiven Börsenverluste ihre Altersversorgung verloren haben, müssen wieder arbeiten gehen! Gleichzeitig kommen immer mehr Betrügereien ans Tageslicht, Topmanager haben Bilanzen gefälscht, waren in Insidergeschäfte verwickelt, Milliardenbeträge sind „verschwunden“. Eine voll-

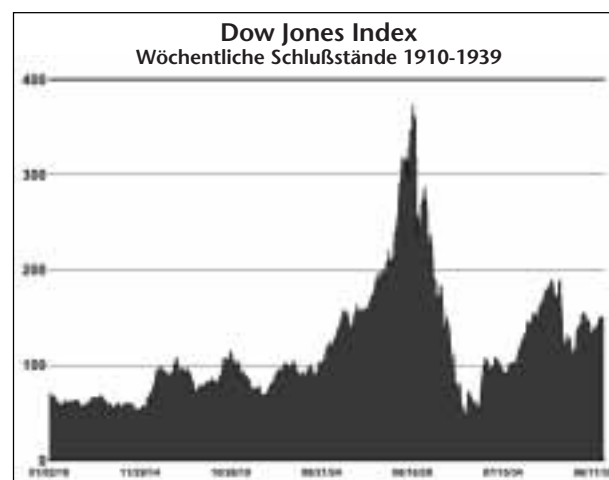
ständige Vertrauenskrise breitet sich aus. Präsident Bush wird immer öfter mit Präsident Hoover zur Zeit der großen Depression verglichen.

Die „Falken“ in der Bush-Administration, aber auch in der Demokratischen Partei wie Joe Lieberman planen, durch einen Militärschlag gegen den Irak vom Zustand des Wirtschaftssystems abzulenken. Leider haben derzeit jene Kräfte in der US-Administration Oberwasser gewonnen, die mit Hilfe der Politik von Samuel Huntingtons Krieg der Zivilisation die Rolle der USA als neuer Weltmacht konsolidieren wollen.

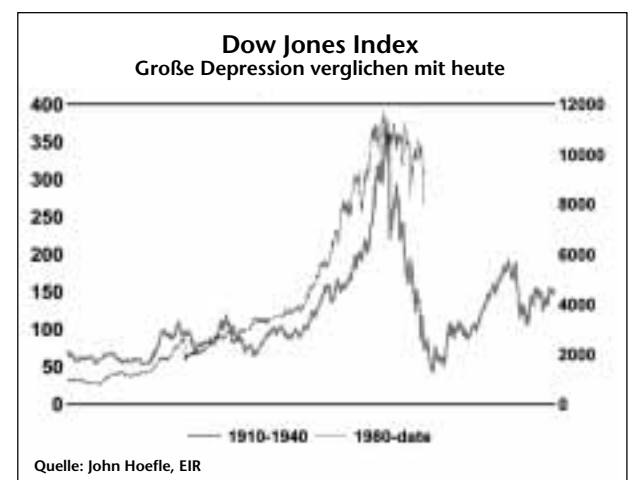
Aber auch die Lage in Deutschland wird immer dramatischer. Die Kommunen sind hoffnungslos verschuldet, allein Berlin hat mit einer öffentlichen Pro-Kopf-Verschuldung von etwa 12 000 Euro eine dreimal so hohe pro-Kopf-Verschuldung wie Argentinien, München und viele andere Städte mußten eine Haushaltssperre verhängen.

Seite II →

## Finanzschauergeschichte in Bildern



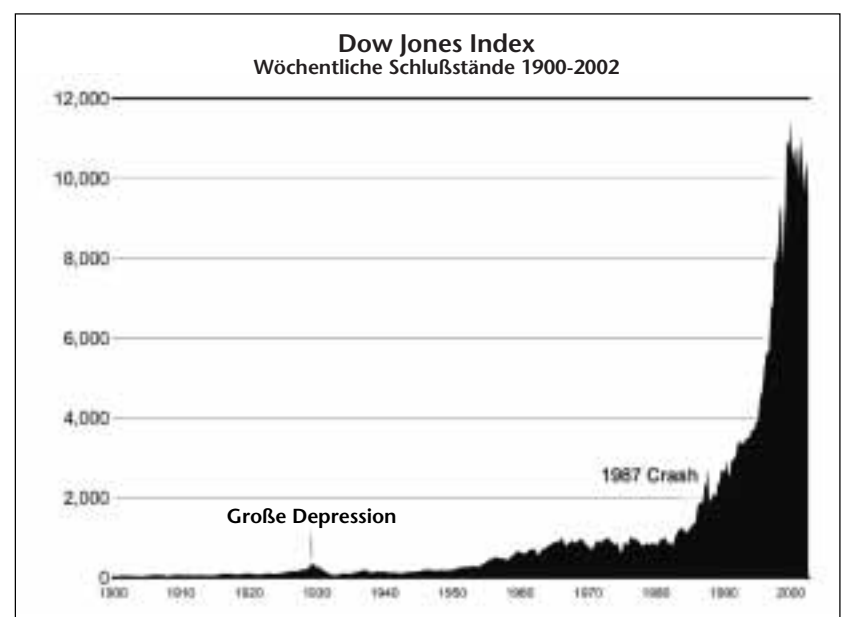
Auf Bild 1 ist zu sehen, wie sich die Aktienblase (hier der Dow Jones Index) an der Wall Street aufblähte, im Oktober 1929 platzte und bis 1932



auf 40 Punkte fiel. Dies führte zur Weltwirtschaftskrise und in den Zweiten Weltkrieg.

Bild 2 vergleicht den Aufstieg und Fall des Dow Jones 1910 bis 1940 und 1980 bis heute. Die Ähnlichkeit ist auffallend. Damals begann die Talfahrt im Oktober 1929, diesmal im März 2000, als der Dow Jones (wie die übrigen Aktienindizes) seinen Höchststand hatte. Der Crash, den keiner sehen wollte, ist also schon zwei Jahre im Gang.

Am schaurigsten ist jedoch Bild 3: die Entwicklung des Dow Jones von 1900 bis heute. Da wirken der 1929er Crash und die Große Depression geradezu winzig im Vergleich zu dem gigantischen Zusammenbruch, in den wir heute hineinschlittern — es sei denn, die Verantwortlichen entschließen sich in letzter Minute doch noch zu Notmaßnahmen, wie LaRouche und die BüSo sie seit langem unter dem Stichwort „Neues Bretton Woods“ fordern.



## Italien schafft Arbeit durch Infrastrukturanleihen

### Wirtschaftsminister Tremonti nimmt die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau zum Vorbild.

Die italienische Regierung hat beschlossen, die wachstumsfeindliche Politik der „Maastricht-Kriterien“ und des „Europäischen Stabilitätspakts“ zu umgehen und eine neue Einrichtung namens „Infrastrutture SpA“ zur Finanzierung von Infrastrukturvorhaben durch staatlich garantierte Anleihen zu gründen. Das ist keine vage Idee, Zukunftsmusik oder Wahlkampfakt, sondern handfeste Politik: Die neue Agentur wird ab September ihre Arbeit aufnehmen, erklärte Wirtschaftsminister Giulio Tremonti am 31. Juli.

„Infrastrutture SpA“ soll über mittel- und langfristige Anleihen eine Hälfte des Kapitals für solche Projekte liefern, private Investoren die andere. Bei Projekten, die von der EU gefördert werden, soll „Infrastrutture“ ein Drittel übernehmen, die EU und Privatinvestoren die anderen zwei Drittel. Tremonti betonte, die neue Einrichtung sei nicht Teil der öffentlichen Verwaltung, daher werde man ihre Verschuldung nicht zu

den Regierungsschulden zählen. Das Statut der „Infrastrutture SpA“ wurde explizit nach dem Vorbild der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) konzipiert. Tremonti meinte scherzhaft: „Wir hätten beinahe den Sitz nach Frankfurt legen können.“ Das Statut wurde in Abstimmung mit der italienischen Zentralbank entwickelt, welche die neue Einrichtung auch überwachen wird.

Der Vorsitzende der italienischen Bürgerrechtsbewegung Movimento Solidarieta, Paolo Raimondi, sagte: „Wir haben uns für ein Instrument nach dem direkten Vorbild der KfW eingesetzt und stellen erfreut fest, daß die italienische Regierung unsere Vorschläge aufgegriffen hat.“ Kritisch äußerte sich Raimondi zu der Idee, zur Abzahlung der Investitionskosten die neuen Infrastrukturprojekte als Mautsysteme zu betreiben.

# „Freie Marktwirtschaft“ am Ende

Fortsetzung von Seite 1

Wer dachte, seinen Lebensabend durch eine Lebensversicherung abgesichert zu haben, muß jetzt bereits mit Einbußen rechnen.

Im vergangenen Jahr sind 33 000 mittelständische Betriebe zusammengebrochen, dieses Jahr drohen es erheblich mehr zu werden. Wenn jetzt noch die neuen Kreditvergebekriterien des sogenannten Basel-II-Abkommens erfüllt werden, droht wegen finanzieller Austrocknung einer weiteren stattlichen Anzahl von Betrieben das Aus.

Mit dem Mittelstand bricht das Herzstück der deutschen Wirtschaft weg. Wenn dieser Prozeß nicht umgedreht wird, können wir bald gar nichts mehr finanzieren, denn die 3,3 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland stellen 80% aller Arbeitsplätze, erwirtschaften die Hälfte des Brutto-sozialprodukts und bilden die Grundlage für zwei Drittel der öffentlichen Sozial- und Steuereinnahmen.

## Neoliberaler Wertewandel

Je schneller wir begreifen, daß das gegenwärtige Währungs- und Finanzsystem hoffnungslos bankrott ist, desto besser. Nichts, aber auch gar nichts kann es in seiner jetzigen Form mehr retten. Denn der Zusammenbruch, der sich derzeit weltweit ereignet, ist keine zyklische Krise oder die Folge kürzlicher Fehlentwicklungen, sondern das Resultat der wirtschaftspolitischen und kulturellen Änderungen, die seit rund 35 Jahren stattgefunden haben. In diesem Zeitraum entfernte sich die Entwicklung immer mehr von einer Gesellschaft der Produzenten hin zu einer Gesellschaft von Konsumenten — der heutigen „Spaßgesellschaft“.

Vor diesem neoliberalen Wertewandel herrschte die Überzeugung vor, daß man sein Einkommen durch Arbeit verdient, daß Fortschritt durch Investitionen in wissenschaftliche und technische Erneuerung entsteht und daß man stolz darauf sein konnte, ein qualitativ hochstehendes Produkt zu erzeugen. Heute hingegen ist die Ansicht verbreitet, daß man Geld nicht durch Arbeit verdient, sondern daß Geld Geld produziert, daß Spekulation lukrativer ist als Arbeit. Was zählt, ist nur noch die Maximierung des sofortigen Profits in einer Shareholder-Gesellschaft. Produktion zählt nicht mehr; wenn man Geld hat, kann man ja aus Billigproduktionsländern importieren!

Die von US-Präsident Nixon am 15. August 1971 verfügte Abkopplung des Dollars von der Golddeckung und die anschließende Einführung gleitender Wechselkurse waren die entscheidenden Schritte zu spekulativen Offshore-Märkten, immer mehr wurden die Weichen gegen die Produktion zugunsten der Spekulation gestellt. Der Schwindel mit der Ölpreiskrise von 1973-74, die Hochzinspolitik Paul Volckers, Ramschanleihen und Megaübernahmen, Reaganomics und Thatcherismus in den 80ern und schließlich die ungehemmte Globalisierung nach dem Kollaps der Sowjetunion waren weitere Schritte hin zur totalen Kasinowirtschaft.

Immer mehr reale Kapazitäten in Industrie und Landwirtschaft wurden zerstört, im monetären Bereich entwickelten sich immer mehr spekulative Blasen. Jetzt sind wir an den Punkt gekommen, wo alle diese Blasen platzen und die reale Wirtschaft in die Depression abstürzt. Wie heißt es im

Kasino? „Rien ne va plus“, nichts geht mehr. Die Lage ist viel, viel schlimmer als 1929. Was wir derzeit erleben, ist eine allgemeine Zusammenbruchskrise, in der nicht nur Arbeitsplätze und Produktionskapazitäten zerstört zu werden drohen, sondern auch alle Institutionen, auf die unsere Gesellschaft aufgebaut ist.

## Illusionen aufgeben

Wo liegt der Ausweg? Offensichtlich müssen wir die Illusionen und Wertvorstellungen der Konsumentengesellschaft aufgeben, Schluß mit der Idee vom maximalen Spaß der Freizeitgesellschaft im hier und jetzt, von ungezügelm Genuß und Konsum. Wir kommen aus dieser Krise nur heraus, wenn wir uns auf den Standpunkt stellen, daß wir wieder etwas Nützliches produzieren müssen, Dinge, die dem Gemeinwohl dienen und anderswo auf der Welt gebraucht werden.

Deutschland ist wie Japan ein Land, das über so gut wie keine Rohstoffe verfügt, trotzdem aber eine der führenden Industrienationen mit hohem Lebensstandard ist, weil wir bis zu 40% unserer Produktion exportieren. Und genau da müssen wir wieder hin, wir brauchen expandierende Märkte mit Kunden, deren Kaufkraft steigt, damit sie noch auf lange Sicht unsere hochentwickelten Exportgüter kaufen können. Und wo finden wir solche Märkte und solche Kunden? Gewiß nicht in Gestalt der Billigproduktionsländer, in die unse-

Dabei geht es nicht nur um Verkehrslinien von A nach B, um z.B. wie zu Kolonialzeiten Rohstoffe abtransportieren zu können, sondern um die Erhöhung der Produktivität der Arbeitskräfte in den so erschlossenen Regionen. Vorhandene Rohstoffe sollen deshalb vor Ort verarbeitet werden, es sollen neue Industriezweige entwickelt werden, und es müssen vor allem entlang der Eurasischen Landbrücke Hunderte von neuen Städten gebaut werden. Dabei bietet es sich aus geographischen Gründen an, zunächst jene geschichtlichen Hauptlinien auszubauen, an denen schon lange Handel und Transport betrieben wird, z.B. die Transsibirische Eisenbahn und die alte Seidenstraße.

Deutschland braucht Exporte, die Länder Eurasiens brauchen entwickelte Technologie, die wir liefern können. Einige Regionen Chinas an der Küste und im Süden sind bereits sehr entwickelt, aber die inneren und westlichen Regionen sind noch sehr arm und brauchen dringend westliche Technologie. Rußland verfügt immer noch über exzellente Wissenschaftler und Arbeitskräfte, das Land ist riesengroß und enorm reich an Rohstoffen, die aber infrastrukturell erst erschlossen werden müssen, vor allem unter den extremen Witterungsbedingungen des Nordens und Sibiriens. Indien hat ebenfalls ein ungeheures Entwicklungspotential. Alle diese Länder haben phantastische Entwicklungsmöglichkeiten, auch wenn sie alle verschiedene Kulturen und Voraussetzungen haben. Wenn sie alle miteinander kooperieren und miteinander Handel treiben, dann repräsentieren sie für Europa langfristige und expandierende Märkte, die noch auf sehr lange Zeit entwickelte Technologie absorbieren können.

Um diesen Ausweg aus der globalen Krise verwirklichen zu können, müssen wir uns allerdings von der Idee der Shareholder-Value-Gesellschaft und der ausschließlichen Profitorientierung verabschieden. Wir müssen statt dessen Investitionen über einen Zeitraum von mindestens 25 Jahren im Auge haben. Dazu müssen Kreditlinien mit genauso langer Laufzeit bei niedrigen Zinsen von 1-2% zur Verfügung gestellt werden. Das ist genau die Art von langfristiger Konzeption, mit der wir Deutschland mit Hilfe der Kreditanstalt für Wiederaufbau nach 1945 wiederaufgebaut und von einem Trümmerfeld zum Wirtschaftswunderland gemacht haben.

Mit der Exportorientierung der Eurasischen Landbrücke können wir in Deutschland und ganz Europa innerhalb sehr kurzer Zeit produktive Vollbeschäftigung erreichen, und allein die Überwindung der Arbeitslosigkeit wird einen sehr großen Kostenfaktor für unsere Volkswirtschaften beseitigen. Es wird zu einer massiven direkten und indirekten Belebung der ganzen Wirtschaft kommen. Alle Unternehmen, die an diesen Infrastrukturprojekten wie z.B. dem Ausbau des Transrapid beteiligt sind, werden mehr Kapital zur Verfügung haben, können mehr Arbeitskräfte einstellen, die nun produktiv Beschäftigten verfügen über eine höhere Kaufkraft, was dem Einzelhandel, der Bauwirtschaft, der Landwirtschaft usw. zugute kommt. Kurz, die Wirtschaft kommt allgemein wieder in Schwung, das Steueraufkommen wächst, es ist wieder Geld für das Gesundheitswesen, die Erziehung, die Renten usw. vorhanden. Es ist ein volkswirtschaftlicher Fakt, daß, immer wenn diese Politik der physischen Ökonomie betrieben wurde, das Steueraufkommen hinterher größer war als die ursprünglich ausge-



Die BüSo-Vorsitzende Helga Zepp-LaRouche 1998 am „östlichen Endpunkt der Eurasischen Landbrücke“ in Lianyungang an der chinesischen Pazifikküste.

gebenen Kredite. Es ist ja gerade das Tolle an der menschlichen Arbeitskraft, daß sie *mehr* Wert schafft!

In diesem Sinne „kostet“ die Eurasische Landbrücke unter dem Strich gar nichts, im Gegenteil, man bekommt sogar noch etwas heraus! Oder anders ausgedrückt, mit diesem Programm können wir das gewaltigste Wirtschaftswunder und den größten Dauerboom in der Geschichte in Gang setzen. Gleichzeitig stellt der Ausbau der Eurasischen Landbrücke auch die einzige wirksame Kriegsvermeidungsstrategie dar. Es wird eine gemeinsame Ebene der Vernunft geschaffen, weil alle beteiligten Nationen so ein gemeinsames Interesse an der friedlichen Zusammenarbeit haben. Wenn die Landbrücke über die Bering-Straße nach Nord- und Südamerika und über Ägypten und Gibraltar nach Afrika weitergeführt wird, dann können wir die Entwicklung auch dorthin bringen und sprechen wirklich über ein globales Rekonstruktionsprogramm für die Weltwirtschaft.

## Alternative zum Neoliberalismus

Es gibt also eine Alternative zum neoliberalen Modell der Globalisierung, und die besteht darin, daß wir zu den bewährten Prinzipien der Wirtschaft zurückkehren, die immer die Grundlage dargestellt haben, wenn es wirklichen Fortschritt gab. Das bedeutet aber auch, daß im Wirtschaftsleben an die Stelle des ungezügelm Eigennutzes wieder die Idee des Gemeinwohls treten muß.

Statt Finanzmanager mit Börsengang brauchen wir wieder Unternehmer, die sich darüber bewußt sind, daß sie eine wichtige Aufgabe in der Gesellschaft haben und daß es sehr wohl möglich ist, ein persönliches Einkommen für sich selbst und die eigene Familie zu erwirtschaften und gleichzeitig zum allgemeinen Wohl der Gesellschaft beizutragen.

Für diesen Typ von Unternehmer war es immer wichtiger, seinen Stolz und seine Identität in der Qualität des Produkts der eigenen Firma und in der Verbesserung der Produktion oft über Generationen hinweg zu finden, als nur in der maximalen Entnahme des Profits.

Wir kommen aus dieser Krise nur heraus, wenn wir grundsätzlich umdenken. Das heißt auch, daß wir Deutsche den Rest der Welt nicht als Super-Aldi betrachten dürfen, wo wir alles zum Schnäppchenpreis aufkaufen, sondern daß wir uns unserer wissenschaftlichen und kulturellen Tradition bewußt werden, die aber auch große Verantwortung mit sich bringt. Wir haben in Deutschland das technologische Know-how und die industriellen Kapazitäten, die an vielen Stellen in der Welt dringend gebraucht werden; ohne diese Kapazitäten haben viele Länder keine Chance, aus ihrer Unterentwicklung herauszukommen. Das heißt, Deutschland hat eine Aufgabe in der Welt, nämlich mitzuhelfen, vor allem die Entwicklungsländer zu entwickeln und die Menschheit voranzubringen. Das gefällt Ihnen nicht? Dann bleiben nur Chaos und Krieg!

Die gute Nachricht ist, daß die Eurasische Landbrücke längst nicht

mehr nur eine Idee ist. Ursprünglich war das Konzept der eurasischen Entwicklungskorridore von meinem Ehemann, dem amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler und demokratischen Präsidentschaftskandidaten für 2004, Lyndon LaRouche, bereits 1991 nach dem Kollaps der Sowjetunion vorgeschlagen worden.

Inzwischen wird die Eurasische Landbrücke von vielen Ländern und Kräften in der Welt als einzige Alternative angesehen, und Teilprojekte werden bereits gebaut. In Ägypten haben bereits Konferenzen stattgefunden, wie das Projekt von dort aus ganz Afrika infrastrukturell erschließen kann.

Wenn jetzt Bundeskanzler Schröder über die Hartz-Kommission vorschlägt, eine Million neue Arbeitsplätze zu schaffen und dafür mit Hilfe der Kreditanstalt für Wiederaufbau 150 Mrd. Euro zur Verfügung zu stellen, und wenn der italienische Wirtschaftsminister Giulio Tremonti ein ähnliches Programm angekündigt hat, dann zeigt dies, daß die Ideen Lyndon LaRouches und der BüSo in so gewaltigen Krisenzeiten, wie wir sie jetzt erleben, tatsächlich aufgegriffen werden.

Aber so gut es ist, daß Bundeskanzler Schröder Anleihen beim Programm der BüSo macht, so reicht dies doch bei weitem nicht aus. Denn ohne eine vollständige Reorganisation des mit IWF und Globalisierung assoziierten Weltwährungs- und -finanzsystems kann die Systemkrise nicht überwunden werden. Bereits 1997 veröffentlichte die BüSo weltweit einen von der ukrainischen Parlamentarierin Natalja Witrenko und mir selbst entworfenen Appell für die Einberufung einer Neuen-Bretton-Woods-Konferenz, der von Hunderten von Parlamentariern und VIPs aus vielen Nationen unterzeichnet wurde. Erst kürzlich unterzeichneten 45 Abgeordnete und 49 Senatoren des italienischen Parlaments eine Resolution, in der eine solche Notkonferenz gefordert wird. Es gibt also ein internationales Netzwerk von Kräften, die seit langem in den Vorschlägen der BüSo den Ausweg sehen.

## Die Glaubwürdigkeit der BüSo

Lieber Wähler, bei dieser Bundestagswahl steht mehr auf dem Spiel als sonst. Krieg oder Frieden, Depression und Chaos oder wirkliches Wachstum. Denken Sie darüber nach, wenn sie diesmal Ihre Stimme geben wollen. Bedenken Sie, wie katastrophal sich die im Bundestag vertretenen Parteien in ihrer Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung geirrt haben und wie unbestreitbar die Glaubwürdigkeit der BüSo dagegen ist. In dieser hochdramatischen Lage gibt es kein „kleineres Übel“, es gibt nur „Übel“ und tragisches Scheitern — immerhin sind die letzten Regierungen alle mitverantwortlich für die Systemkrise — oder es gibt die BüSo, die Ihnen einen Ausweg aus dem Desaster zeigt.

Helfen Sie mir durch Ihre aktive Unterstützung im Wahlkampf und durch Ihre Stimme für die BüSo am 22. September, die Richtung der Politik in Deutschland zu ändern und mit der Eurasischen Landbrücke eine neue gerechte Weltwirtschaftsordnung zu verwirklichen, die allen jetzt lebenden Menschen auf diesem Planeten und allen zukünftigen Generationen ein menschenwürdiges Leben sichert.

Ihre Helga Zepp-LaRouche



Vom Nordpol aus betrachtet erkennt man den weltumspannenden Charakter der Eurasischen Landbrücke.

re „teuren Arbeitsplätze“ verlagert worden sind und wo Menschen zu Skavenlöhnen ausgebeutet werden.

Wir finden solche Märkte vor allem in den bevölkerungsreichen Nationen Asiens, in China mit rund 1,2 Milliarden Menschen, in Indien mit rund einer Milliarde Menschen, aber auch potentiell in Rußland, dem Iran, Südostasien, Zentralasien, den Golfstaaten, dem Mittleren und Nahen Osten. Wir müssen nur für diesen Wirtschaftsraum eine Perspektive entwickeln, die den Lebensstandard dieser Länder anhebt.

## Die Perspektive der Eurasischen Landbrücke

Eine solche Perspektive ist der Ausbau der Eurasischen Landbrücke, die den gesamten eurasischen Kontinent infrastrukturell und wirtschaftlich integrieren soll. Ein integriertes Netz von Schnellbahnen wie dem Transrapid, von Eisenbahnen, Autobahnen und Wasserwegen kann das Kernstück von Entwicklungskorridoren bilden, die Eurasiens verkehrstechnisch ebenso erschließen, wie dies z.B. für Deutschland selbstverständlich ist. Diese rund hundert Kilometer breiten Korridore müssen eine entsprechende Energieproduktion und -verteilung sowie Kommunikationssysteme erhalten und werden dann für die Ansiedlung von Industrie und Landwirtschaft in landeingeschlossenen Regionen die gleichen Standortvorteile bieten, wie sie bisher nur Gebiete hatten, die Zugang zu Meeren und Flüssen hatten.

# Produktive Jobs durch den Transrapid

Wie die produktive Wirtschaft auf Dauer wieder in Schwung gebracht werden kann.

Wenn man bedenkt, daß die enorme Unterbeschäftigung in Deutschland einen gesamtwirtschaftlichen Schaden von rund 260 Mrd. Euro im Jahr verursacht, kommen die neuen Vorschläge der Hartz-Kommission wenige Wochen vor dem Wahltermin reichlich spät — mindestens vier Jahre zu spät! Die *BüSo* legte jedenfalls schon im letzten Bundestagswahlkampf ein detailliertes Konzept für die Rückkehr zur Vollbeschäftigung vor.

Peter Hartz schlägt vor, daß die staatseigene *Kreditanstalt für Wiederaufbau* in den kommenden drei Jahren staatlich garantierte, festverzinsliche und steuerbegünstigte Sonderanleihen („Job-Floater“) im Umfang von 150 Mrd. Euro auflagen soll. Mittelstandsfirmen, die neue Arbeitskräfte einstellen, sollen aus diesem Fonds Kredite erhalten. Auch öffentliche Aufträge könnten damit finanziert werden. Aber welche?

Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm dieser Größenordnung soll ja nicht bloß vorübergehend die Zahl der Arbeitslosen senken, sondern auf Dauer die produktive Wirtschaft wieder in

Schwung bringen. Das geht nur mit Infrastrukturprojekten, vor allem in den Bereichen Verkehr, Energie- und Wasserversorgung. Wie das geht, hat die *BüSo* vor Jahren schon am Beispiel eines Transrapid-Netzes durchgerechnet.

Anfang der 80er Jahre, als der Wahnsinn von „New Economy“ und Finanzspekulation die Köpfe noch nicht vernebelt hatte, erstellte die *Deutsche Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt (DVFLR)* ein Konzept für ein 5 300 km langes europäisches Transrapid-Netz, das die Verbindung von 26 Großstädten und Regionen in acht Ländern vorsah, in dessen Einzugsbereich etwa 230 Mio. Menschen lebten. Nach der „Wende“ griff 1991 das *Berliner Institut für Bahntechnik (IFB)* diese Idee auf und errechnete, daß der Bau einer 450 km langen Transrapid-Strecke von Hamburg über Berlin nach Dresden bei einer Bauzeit von fünf Jahren rund 250 000 Arbeitsplätze in verschiedenen Wirtschaftszweigen schaffen würde.

Überträgt man diese IFB-Kalkulation auf ein gesamtdeutsches Transra-

pid-Netz von 3 000 km Länge, das Hamburg, Berlin, Dresden, München, Stuttgart, Frankfurt, Köln/Ruhrgebiet (und Hamburg) „kreisförmig“ miteinander verbindet und zwei zusätzliche Direktverbindungen in Ost-West und Nord-Süd-Richtung (Dresden-Köln, Hamburg-München) enthält, entstünden bei diesem Infrastrukturprojekt unter Verwendung der modernsten Verkehrstechnologie hier bei uns rund 1 Mio. produktive Arbeitsplätze.

Der Transrapid ist nur ein Beispiel. In allen Infrastrukturbereichen ist der Nachholbedarf riesengroß. Der Rückstand allein an nicht erfolgten, aber dringend erforderlichen Bauinvestitionen (Wasserleitungen, Kläranlagen, Brücken, Straßen usw. wird von der Bauindustrie auf 400 Mrd. Euro geschätzt.

Dabei ist zu bedenken: Für jeden Arbeitslosen, der wieder Arbeit findet, fließen im Schnitt 10 000 Euro pro Jahr an Steuern und Sozialabgaben in die öffentlichen Kassen zurück, und weitere 10 000 Euro werden beim Arbeitslosengeld eingespart.

## Schaffung von Arbeitsplätzen durch den Bau der Transrapidstrecke Hamburg-Berlin-Dresden (450 km)

Wirtschaftsbereich	Arbeitsplätze
Maschinenbau, Automobil, Stahlbau	53.000
Bau	53.000
Elektrotechnik	39.000
Leichtindustrie	19.000
Dienstleistungen	18.000
Verkehr, Nachrichtenwesen	18.000
Baustoffe	17.000
Metallverarbeitung	10.000
Chemie	6.000
andere	17.000
gesamt	250.000

Quelle: IFB, EIR

## SPD und CDU/CSU: Worte von gestern

Der breiten Öffentlichkeit wird die Systemkrise der Weltwirtschaft bis heute verschwiegen. Oder es wird so getan, als wäre die „Weltwirtschaftskrise“ aus heiterem Himmel über uns hereingebrochen. Die *BüSo* hat seit Jahren davor gewarnt und auf Gegenmaßnahmen gedrungen. Was sagten damals Stoibers CDU/CSU und SPD-Kanzler Schröder?

### Waigels Finanzministerium bestreitet die Krise

Im März 1995 hatte die Bürgerrechtsbewegung Solidarität in einer Petition die Bundesregierung aufgefordert darzulegen, wie sie die Stabilität des deutschen Bankensystems sichern und den Folgen der ausufernden Finanzspekulation für die Realwirtschaft begegnen wolle. Die Petition enthielt aktuelle Zahlen über die Verwicklung deutscher Banken in das globale Derivatkasino und stellte die sich häufenden Katastrophen an den internationalen Finanzmärkten in den übergeordneten Zusammenhang einer globalen „systemimmanenten Krise“.

Die achtseitige Stellungnahme des Bundesfinanzministeriums unter Theo Waigel (CSU) vom 1. August 1995 zeugte von einer unglaublichen Fehleinschätzung der tatsächlichen Entwicklungen auf den globalen Finanzmärkten. Nicht nur wird die Petition als „übertrieben und panikartig“ abgestempelt, sondern sogar behauptet, die „Integration der internationalen Finanzmärkte“ und die „Entwicklung neuer Finanzinstrumente (Derivate)“ habe die „Integration der nationalen Volkswirtschaften gestärkt, aber auch dringend benötigtes Kapital in die Entwicklungsländer gelenkt. Zum anderen ist die Entwicklung der Finanzmärkte selbst zu einem wesentlichen Wachstumsfaktor der Weltwirtschaft geworden.“ Angesichts eines „insgesamt erfolgreich arbeitenden internationalen Finanz- und Währungssystems“ erübrige sich „die Frage nach möglichen institutionalisierten ‚Notstandsmaßnahmen‘.“

### Schröder setzt aufs falsche Pferd

Inmitten der wildesten Spekulationsorgie setzte Kanzler Schröder am 23. Februar 2000 auf der Computermesse CeBIT in Hannover völlig abgehoben alle Arbeitsplatz- und Wachstumshoffnungen auf New Economy, Ron Sommer und die längst geplatzte Dot.com-Blase: „In der Rede von Ron Sommer war zu spüren — das sage ich insbesondere den ausländischen Gästen und Besuchern... —, was die Deutschen umtreibt: So viel Aufbruch war selten in Deutschland... In keiner anderen Branche lassen sich die Zusammenhänge zwischen Erneuerung, Aufbruch und Kampf gegen die Arbeitslosigkeit so klar herausstellen wie in dieser Branche.“ Bis Ende des Jahres 2001 wollte Schröder die Zahl der Unternehmen in dieser Branche verdoppeln. Die meisten davon sind inzwischen schon wieder pleite.

### CDU-Zukunftsprogramm längst im Papierkorb

Die New-Economy-Pleite müssen sich Stoiber und die CDU genauso ankreiden lassen, denn 1998 haben sie in dasselbe falsche Horn gestoßen. Stichwort CDU-Zukunftsprogramm.

Aus *Neue Solidarität* Nr. 22, vom 27.5.1998 „Die schöne neue Welt der CDU“:

Wenn, ja, wenn nur jenes Bremer *Zukunftsprogramm* nicht wäre... Das ist nämlich eine eigenartige Zukunft, in die uns die CDU da führen will. Wo beispielsweise bleibt die Industrie? In ihrem Programm steht: „Unternehmen, die mit wenigen Festangestellten operieren, ohne starre Strukturen, die ihre Geschäftstätigkeiten mit wechselnden Subunternehmen durchführen, die sie nach dem Baukastenprinzip je nach Auftrag zu einer *virtuellen Firma* zusammenführen, computervernetzt, und dann wieder auflösen oder neu gruppieren“.

Neue Arbeitsplätze schaffen? Kein Problem mit der CDU, die der klassischen Industrie entschlossen den Rücken kehrt. Im CDU-Programm steht: „Einen gewaltigen Nachholbedarf haben wir bei Dienstleistungen in Privathaushalten, in Handel, Gastronomie, Tourismus, im Gesundheitswesen. Die Möglichkeiten sind nahezu unbegrenzt. Rein rechnerisch könnten wir bei einer ähnlichen Dienstleistungsdichte wie in den Vereinigten Staaten 5 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze schaffen“. Was für blühende Landschaften zeichnen sich da ab! Wir werden ein Volk von Dienstmädchen und Kellnern, und statt Raumfahrt gibt es Raumpflege.

Und zum neuen, hochspekulativen Frankfurter Zockermarkt hatte die CDU damals vermerkt: „Mit der Einrichtung des *Neuen Marktes* als einem weiteren Segment unseres Aktienmarktes haben wir jungen, innovativen und wachstumsstarken Unternehmen die Möglichkeit verschafft, die für ihre Expansionspläne notwendigen Investitionsmittel leichter am Kapitalmarkt zu beschaffen ...“.

Alles wurde von der Realität in kürzester Zeit überholt. Urteilen Sie selbst, ob es ratsam ist, Politiker, die dermaßen falsch lagen, am 22. September noch einmal zu wählen!

# Was tun, wenn die Titanic sinkt?

## Richtlinien für ein „Neues Bretton Woods“

Seit Ende der 80er Jahre jagt eine finanzielle Katastrophe die andere. Im **Oktober 1987** erlebten die Aktienmärkte ihren größten Crash seit dem Zweiten Weltkrieg. Wenig später implodierte in den USA der Markt für Ramschanleihen, und die Sparkassenkrise brach aus. Die 90er Jahre begannen mit dem Kollaps der japanischen Immobilien- und Aktienblase, von der sich Japan bis heute nicht erholt hat.

Im **Januar 1995** stand das Finanzsystem, selbst nach Aussage des damaligen IWF-Direktors Michel Camdessus, unmittelbar am Rande einer „wahren Weltkatastrophe“. US-Regierung und IWF mußten zur Stützung Mexikos in einer Nacht-und-Nebel-Aktion ein Notstandspaket in der zuvor unvorstellbaren Größenordnung von 52 Mrd. Dollar schnüren. Der US-Dollar knickte massiv ein. Es folgte der Kollaps der Barings-Bank. Im **Frühjahr 1995** stand schließlich das japanische Bankensystem mit 1200 Mrd. \$ faulen Krediten vor dem kollektiven Absturz.

Einzelne Regierungen forderten auf dem G-7-Treffen im **Sommer 1995**, eine globale Finanzreform einzuleiten. Statt dessen aktivierten die wichtigsten Zentralbanken der Welt ihre vermeintliche Wunderwaffe, globale Reflation: Die kurzfristigen Zinsen wurden Schritt für Schritt gesenkt, um damit dem Finanzsystem ungeheure Summen zusätzlicher Liquidität zur Verfügung zu stellen. In Japan wurden die Zinsen auf 0,5% gesenkt, um den Banken risikofreie Finanzgewinne zu verschaffen. Dies löste eine neue Runde der Preisexplosion auf den weltweiten Wertpapiermärkten aus.

Seit **Sommer 1997** geriet die einzige damals noch verbliebene Wachstumsregion der Welt ins Fadenkreuz der Währungsspekulation: Südostasien. Der plötzliche Verfall der Währungen um 50-80% gab das Signal für eine panikartige Flucht des ausländischen Kapitals. Die Bankensysteme der betroffenen Länder brachen zusammen und zogen die gesamten Volkswirtschaften mit in den Abgrund. Im **Juli 1998** sprach der chinesische Außenminister Tang Jiaxun von „Schäden wie in einem Krieg“. Die IWF-Rettungspakete in Höhe von insgesamt rund 200 Mrd. \$ bewahrten lediglich die westlichen Kreditgeber vor dem Untergang. Im **August 1998** platzte dann die russische Schuldenbombe. Im Herbst 1998 folgte schließlich der

Zusammenbruch des Spekulationsfonds LTCM.

Ein Nebeneffekt der Finanzkrisen in Asien, Rußland und Lateinamerika war die Bündelung eines gewaltigen Kapitalstroms, der sich nun in den vermeintlich sicheren Hafen, die USA, ergoß. Der Mythos der „New Economy“ und die exzessive Kreditausweitung innerhalb der USA taten ein übriges, um in den **späten 90er Jahren** die größte Spekulationsblase aller Zeiten entstehen zu lassen. Auch damit ist es nun vorbei. Obwohl Alan Greenspan elfmal in zwölf Monaten die Zinsen senkte, kommt die amerikanische Wirtschaft nicht mehr auf die Beine. Sowohl die Unternehmen wie die privaten Haushalte sind hoffnungslos überschuldet. Die Vorzeige-Unternehmen der „New Economy“ entpuppten sich als Betrüger. Seit **März 2000** implodieren die Aktienmärkte. Seit dem **Frühjahr 2000** haben sich in den USA bereits 7 Billionen Dollar an Papierwerten in Luft aufgelöst, und ein paar weitere Billionen in Europa und Asien.

### Was tun?

Der einzig gangbare Ausweg aus dem Desaster ist mit dem Namen Lyndon LaRouche verknüpft, der die Ursachen und die Dynamik dieser Systemkrise schon vor Jahrzehnten analysiert hat. In heutigen Stadium des Systemzerfalls sind alle Vorschläge, die lediglich auf kleinere Reparaturen am System zielen, abwegig. An LaRouches Lösung führt kein Weg vorbei. Die minimalen Anforderungen an eine solche globale Finanz- und Wirtschaftsreform sind folgende:

- Eine Art Bankrotverfahren für die bestehende Struktur an weltweiten Finanztiteln, denn ihr Volumen steht in so krassem Mißverhältnis zur volkswirtschaftlichen Substanz, daß die Alternative zu einem geordneten „Aus-sortieren“ ohnehin nur ein baldiger, chaotischer Zusammenbruch wäre.
- Ein neues finanzielles und währungspolitisches Regelwerk, das sich am relativ erfolgreichen Bretton-Woods-System der Nachkriegszeit bis 1960 orientiert.
- Ein produktiver Wiederaufbau der Weltwirtschaft, einschließlich der Errichtung oder Ausweitung der dazu erforderlichen Kreditinstitutionen.

Das „Neue Bretton Woods“ läßt sich in einzelnen in folgende Schritte untergliedern:

### A. „Aus-sortieren“

- Fiktive Wertpapiere müssen aussortiert werden. Offensichtlich spekulatives, fiktives Kapital muß durch Regierungsbeschuß ersatz- und entschädigungslos abgeschrieben werden, soweit dies nicht bereits durch den Zusammenbruch am Finanzmarkt geschehen ist.
- Wertpapiere unklarer Natur müssen eingefroren werden.
- Die Bedienung der Staatsschulden wird durch ein Moratorium suspendiert, um die Finanzierung lebenswichtiger Staatsfunktionen zu gewährleisten.

### B. „Schützen & Sanieren“

- Zu schützen sind:**
- Wertpapiere, die durch produktive, realwirtschaftliche Kapazitäten gedeckt sind;
  - Finanzmittel von Rentenkassen, Krankenversicherungen und anderen sozial unverzichtbaren öffentlichen und privaten Institutionen;
  - Reguläre Sparguthaben, damit sie zugänglich bleiben.
  - Die Funktionen privater Banken, die zur Finanzierung und normalen Abwicklung realwirtschaftlicher Tätigkeiten dienen, müssen aufrechterhalten werden.

### C. „Anschubfinanzierung“

- Auf der Basis der Finanzsouveränität des Nationalstaates muß eine öffentliche Nationalbank oder „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ langfristige und niedrigverzinsten Kredite schöpfen. Diese Kredite fließen ausschließlich in die Reaktivierung und Produktionsausweitung in Industrie, Mittelstand, Landwirtschaft.
- Staatliche und öffentliche Kredite werden über private Banken abgewickelt. Neben den Nationalbankkredit können projektgebundene Infrastrukturanleihen treten.
- Große nationale und transnationale Infrastrukturprojekte fungieren als „Anschub“ für die Gesamtwirtschaft. Dazu eignen sich Verkehrsprojekte im Rahmen der „Transeuropäischen Netze“ und der „Eurasischen Landbrücke“ (siehe Leitartikel und Transrapid-Rechnung), aber auch andere in den letzten Jahren vernachlässigte Infrastrukturprojekte bis hin zur Raumfahrt.

Lothar Komp

# BüSo warnt seit Jahren vor dem Crash

## Eine Chronologie unserer Lösungsvorschläge

Der Finanzkrach, der sich in diesem Wahlsommer vor unser aller Augen vollzieht und uns praktisch jeden Tag neue Tiefstrekorde beschert, war für jeden, der es wissen wollte, lange vorhersehbar. Zusammen mit LaRouche hat die BüSo jedenfalls schon seit Jahren davor gewarnt — und konstruktive Lösungsvorschläge gemacht.

**Juni 1994:** Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Lyndon LaRouche veröffentlicht seine Neunte Vorhersage: Der Zusammenbruch des derzeitigen Finanz- und Währungssystems sei unvermeidlich und könne allenfalls „durch die politisch unwahrscheinliche Entscheidung der führenden Regierungen“, das bankrotte System einem „Konkursverfahren zu unterziehen“, aufgehalten werden.

**Juni/Oktober 1994:** Die Europawahlen im Juni bestreitet die BüSo mit dem Slogan: „Wir haben das Patentrecht“. Auf ihrem Wahlplakat, das die Bundesvorsitzende und Spitzenkandidatin Helga Zepp-LaRouche zusammen mit der „großen alten Dame“ der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung Amelia Boynton Robinson zeigt, fordert die BüSo: „Frieden durch Entwicklung“, „Produktion statt Spekulation“, „Aufbau Ost statt Schocktherapie“ und „Mit dem Transrapid ins 21. Jahrhundert“.

Mit dem Wahlextra „Finanzsystem unwiderruflich am Ende — Globaler Wiederaufbau muß sofort beginnen!“ zieht die BüSo auch in den Bundestagswahlkampf im Oktober.

**März 1995:** Die BüSo reicht beim zuständigen Ausschuss des Deutschen Bundestages eine Petition ein, in der vor der Derivatspekulation der Länder und Gemeinden gewarnt wird, nachdem Pläne in diese Richtung u.a. in Schleswig-Holstein und München bekanntgeworden waren.

**April 1995:** „Nur Esel spekulieren bis zum Krach“ — mit diesem frechen Slogan geht die BüSo in den Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen. Das Plakat zeigt eine

Radierung aus Goyas *Los Capricios*, in denen der spanische Maler mit der Darstellung eines „Eselunterrichts“ gegen aristotelisch-schematische Denkmethode polemisiert. Dies BüSo-Plakat mit der Überschrift Schluß mit der Esee! — Wirtschaftsaufbau statt Finanzkrach sorgt nicht nur in NRW für Furor.

**Juli 1996:** In einem Brief an deutsche Bundes- und Landtagsabgeordnete schlägt der BüSo-Bundesvorstand vor, die Gesetzesinitiative des Demokraten Harold James zur „Erhebung einer Spekulationssteuer“ im Landtag von Pennsylvania (USA) aufzugreifen. Sie habe „Vorbildcharakter“ und sollte „so schnell wie möglich von vielen Parlamenten der Welt verabschiedet werden“.



**Februar 1997:** Helga Zepp-LaRouche richtet zusammen mit der ukrainischen Parlamentsabgeordneten Natalja Witrenko einen Dringenden Appell an Präsident Clinton zur Einberufung einer neuen Bretton-Woods-Konferenz. Der Aufruf wird auch von der BüSo verbreitet und in den nächsten Monaten von vielen tausend Persönlichkeiten in aller Welt unterzeichnet, darunter drei ehemalige Staatspräsidenten — López Portillo (Mexiko), General Joao Baptista Figueiredo (Brasilien) und Godfrey Binaisa (Uganda) —, ehem. Minister, Abgeordnete, Gewerkschafter und Unternehmer. In den USA

sind neun ehemalige Kongreßmitglieder, mehrere hundert Abgeordnete der Parlamente der Bundesstaaten sowie viele Bürgerrechtler aus der Bewegung von Martin Luther King dabei.

**November 1997:** Am 19. November berät im Deutschen Bundestag der zuständige Ausschuss über die im März 1995 vom BüSo-Bundesvorstand eingereichte Petition. (Antwort der Regierung siehe „Worte von gestern“ auf Seite III.)

**Sommer/Herbst 1998:** Im Bundestagswahlkampf 1998 warnt die BüSo mit dem Plakat „Weltfinanzsystem vor dem Super-GAU!“ In einem Flugblatt zur Wahl am 27. September heißt es: „Was vor einem Jahr als ‚Asienkrise‘ begann, hat sich zur weltweiten Finanz- und Währungskrise ausgeweitet, deren Ende nicht abzusehen ist... Die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland und der EG kann nur dann erfolgreich bekämpft werden, wenn die globale Wirtschafts- und Finanzkrise gelöst wird.“

**November 1999:** Die BüSo verweist auf den unhaltbaren Schuldenberg in den USA, im Leitartikel der *Neue Solidarität* vom 17. November heißt es, dieser Schuldenberg ist „weltweit die größte Gefahr für das globale Finanzsystem... Im ersten Quartal 1999 türmten sich in Amerika Schulden von insgesamt 97 Billionen Dollar auf... 1998 war das Volumen der Finanzaggregate (93,62 Bio.\$) 33mal größer als das der Güterproduktion (2,85 Bio.\$) — eine beispiellose Entwicklung in der Geschichte.“

**März 2000:** Am „Superdienstag“, dem 7. März, beginnt (im historischen Rückblick) der Krach an den internationalen Börsen, vor dem die BüSo die deutsche Öffentlichkeit jahrelang gewarnt hatte. „Der Crash läuft, Anfang vom Ende der Neuen Wirtschaft“, titelt die *Neue Solidarität* am 12. April.

**April 2001:** BüSo und *Neue Solidarität* warnen vor dem „wirklichen Rentenbetrug, die ‚private Vorsorge‘ in Zeiten des Börsencrashes“ (so die Schlagzeile der *Neuen Solidarität* am 11. April). Die BüSo erklärt: „Alle Parteien sind sich einig: Die Bürger müssen ihre zukünftige Rente privat mit Pensionsfonds absichern. Wie kann man so etwas vorschlagen, wenn doch absehbar ist, daß der Kollaps der Finanzmärkte diese Kapitaleinlagen vernichtet?“

**Juli 2002:** Mitte Juli fordert die BüSo im Bundestagswahlkampf die Auflage von „Infrastrukturleihen“ zur Finanzierung eines umfassenden Transrapid-Netzes. Im Leitartikel der *Neuen Solidarität* „Systemkrise erfaßt Großbanken — Politikern fehlt der Mut zur Wahrheit“ heißt es am 31. Juli: „Nach US-Großunternehmen wie WorldCom drohen nun ganz große Wallstreet-Banken abzustürzen.“

### Am 22. September: BüSo in den Bundestag!

Die Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo) tritt bei der Bundestagswahl am 22. September 2002 mit 8 Landeslisten und 45 Direktkandidaten an, nachdem der Bundeswahlausschuß in seiner Sitzung vom 12. Juli die BüSo grundsätzlich zugelassen hatte, und die Landes- bzw. Kreiswahlleiter am 26. Juli die Einreichung der erforderlichen Unterstützungsunterschriften bestätigt haben.

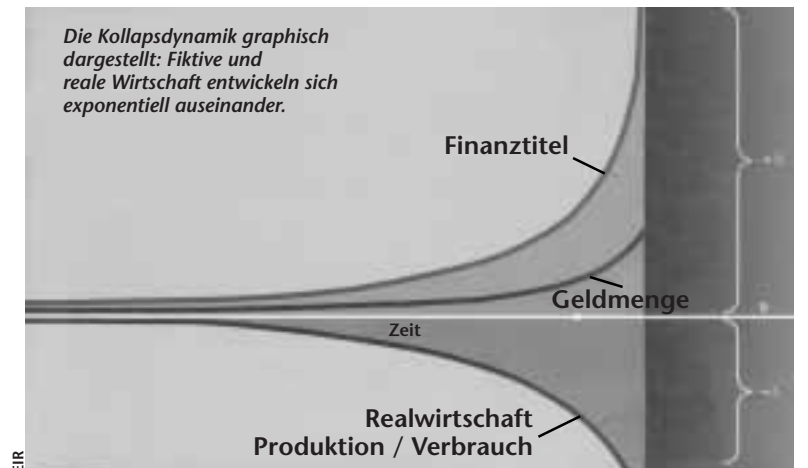
- Die BüSo-Landeslisten werden angeführt von:  
 Berlin: **Helga Zepp-LaRouche** (Bundesvorsitzende)  
 Hamburg: **Birgit Brenner** (Landesvorsitzende)  
 Niedersachsen: **Frank Hahn** (Landesvorsitzender)  
 Sachsen: **Ralf Geisendorfer** (Landesvorsitzender)  
 NRW: **Michael Vitt** (Landesvorsitzender)  
 Hessen: **Hartmut Cramer** (stellv. Bundesvorsitzender)  
 Bayern: **Elke Fimmen** (Landesvorsitzende)  
 Baden Württemberg: **Anno Hellenbroich** (stellv. Bundesvorsitzender)

Außerdem tritt in **Rheinland Pfalz** die Landesvorsitzende **Ulla Apel** als Direktkandidatin in der Landeshauptstadt Mainz an.

Mehr Informationen über die Bundestagskandidaten der BüSo finden Sie auf unserer Homepage [www.bueso.de](http://www.bueso.de) bzw. auf den Internetseiten der Landesverbände.

## So wurde die Wirtschaft gegen die Wand gefahren!

Die Kollapsdynamik graphisch dargestellt: Fiktive und reale Wirtschaft entwickeln sich exponentiell auseinander.



Die *Typische Kollapsfunktion* (LaRouche, 1995) erschien in vielen BüSo-Publikationen. Sie illustriert die ruinöse Abkopplung der Finanzmärkte von der Realwirtschaft: Die Wertpapierpreise steigen in schwindelnde Höhen. Damit die Blase nicht platzt, wird ständig mehr Geld nachgepumpt. Gleichzeitig rutschen Güterproduktion und -verbrauch in die Depression. Die Asymptote der Kurven stellt sozusagen die „Wand“ dar, auf die wir in den letzten Jahren zurasten. Diese Wand, an der nun so manche Illusion zerschellt ist, war für nicht Verblendete also schon vor Jahren deutlich zu erkennen.

Nun stellt sich die interessante Frage, wie denn die „typische Funktion“ einer gesunden Wirtschaftsentwicklung aussehen müßte. Natürlich müßte die realwirtschaftliche Kurve im positiven Bereich liegen und ansteigen. Außerdem dürften die Kurven der Finanztitel und der Geldmenge sich nicht anders als parallel zur Realwirtschaft bewegen. Die *Funktion eines gesunden Wirtschaftswachstums* sowie die inneren Verhältnisse z.B. zwischen Lohnkosten, Kapitalinvestitionen und Profit oder Beschäftigung in Wertschöpfung gegenüber Dienstleistungen, das ist eine eigene Wissenschaft — die *Physische Ökonomie*. Die BüSo bietet dazu Schulungen an.

## USA: LaRouche-Demokrat erhielt 61,3%

Kerry Lowry und Joseph Barrera gehören seit vielen Jahren zum LaRouche-Flügel der Demokratischen Partei im US-Bundesstaat Michigan. Am 6. August 2002 gewann der „LaRouche-Demokrat“ Lowry die Vorwahl für den Landtag von Michigan im Wahlkreis 19 mit 61,3% der Stimmen. Barrera verfehlte den Sieg nur knapp mit 47,7%. Die LaRouche-Demokraten kämpften genau wie die Bundestagskandidaten der BüSo entschieden gegen die Kriegstreiberi der „Falken“ in Washington, die den 11. September zum Vorwand nehmen, um einen „Krieg der Kulturen“ gegen die islamischen Länder zu entfachen. Sie fordern statt dessen wie die BüSo, sich den eigentlichen Ursachen der Weltkrise zu stellen und das bankrotte Finanzsystem in einem „Neuen Bretton Woods“ zu reorganisieren. Die programmatische Übereinstimmung mit der BüSo ist kein Zufall: Lyndon LaRouche ist der Ehemann der BüSo-Vorsitzenden Helga Zepp-LaRouche.

Kerry Lowry siegte in Livonia, einem Vorort von Detroit, und wird bei den Kongreßwahlen im November gegen den Republikaner John Pastor antreten. Joseph Barrera kandidierte im Landkreis Oakland nördlich von Detroit. Ihn wählten 8800 eingetragene Demokraten, und nur 600 Stimmen fehlten ihm zum Sieg. Viele Demokraten haben längst die Nase voll von Joe Lieberman, der an der Seite von Al Gore die Präsidentschaftswahl verlor. Lieberman vertritt in der Wirtschaftspolitik blanken Neoliberalismus und steht in der Kriegsfrage noch „rechts von Bush“. Diesen Wahnsinnskurs will Lieberman den Demokraten mit Hilfe der Dollars des dubiosen Milliardärs Steinhardt aufdrücken. In Michigan stößt dies auf Widerstand. Die LaRouche-Demokraten haben dort nicht wenig Unterstützung. Kein Wunder, daß Al Gore sich bei den Präsidentschaftsvorwahlen 2000 nicht traute, in Michigan gegen LaRouche anzutreten (mehr dazu in *Neue Solidarität* Nr. 33/2002).

Am 22. September kommt die Gelegenheit, auch in Deutschland Widerstand zu zeigen — mit Ihrer Stimme für die BüSo!

Anzeige

**Der Kampf um das Gemeinwohl der Bürger und Nationen**  
 Die Reden der Konferenz des Schiller-Instituts  
 4. bis 6. Mai 2001 in Bad Schwalbach

Aus dem Inhalt

- ↳ Für das Gemeinwohl kämpfen – eine ökumenische Herausforderung
- ↳ Die langfristige Entwicklung Eurasiens
- ↳ Frieden durch Entwicklung in Afrika
- ↳ Nikolaus von Kues, das Gemeinwohlprinzip und der Dialog der Kulturen

Jetzt bestellen bei  
 Dr. Böttiger Verlag, Postfach 11611, 65006 Wiesbaden.  
 Faxbestellungen erwünscht: Fax 0611-7786118

256 Seiten, Bilderteil, 10 € / ISBN 3-925725-45-

Die Bürgerrechtsbewegung Solidarität unterstützt den Inhalt dieses Extras und will für seine größtmögliche Verbreitung sorgen. Bitte helfen Sie uns dabei und schicken den Coupon ausgefüllt an  
**Bürgerrechtsbewegung Solidarität · Bundesgeschäftsstelle · Postfach 3366 · D-55023 Mainz · E-Mail: [info@bueso.de](mailto:info@bueso.de)**  
 BITTE SCHICKEN SIE MIR:  
 ..... Ex. des Extrablatts „Freie Marktwirtschaft“ am Ende — Notprogramm für den Wiederaufbau ...  
 ..... Ex. des Extrablatts Ungerechtigkeit in den neuen Bundesländern überwinden

die BüSo-Broschüre *Die Systemkrise überwinden*  
 die Bücher ..... *Der Kampf um das Gemeinwohl* (zu je10,- Euro)  
 die Wochenzeitung *Neue Solidarität* vier Wochen kostenlos zum Kennenlernen.

Vorname, Name .....  
 Straße, Hausnr. ....  
 PLZ, Ort .....  
 Telefon, E-Mail .....